

André Hoffmann

Der hypothetische Imperativ

Zur Doppelmoral der Luxemburger EU-Politik

Jean-Claude Juncker übt Kritik an der rabiaten Austeritätspolitik in Europa. Gleichzeitig verspricht er der deutschen Kanzlerin Unterstützung im Wahlkampf. Die Doppelzüngigkeit der luxemburgischen Europapolitik hat Tradition.

Cahuzac, Offshoreleaks und wir

Ob der französische Minister, ausgerechnet der, der zuständig war für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, sein Geld auch in Luxemburg angelegt hatte, wissen wir nicht. Luxemburg liegt zwar nicht „off shore“, sondern – wie die Frankfurter City – im Zentrum Europas.

Entscheidend ist aber etwas anderes: die politische Botschaft, dass Steuern eigentlich von Übel sind und Steuerflucht und Steuerbetrug legitim. Das war über Jahrzehnte hinweg der wesentliche Kern der offiziellen Politik der luxemburgischen Regierungen aller Couleur – die sich genauso einmütig immer zur europäischen „Solidarität“ bekannten. Auch die LSAP hat nie eine andere Politik angestrebt. Der derzeitige Finanzminister hat es einmal so auf den Punkt gebracht: die Steuerkonkurrenz, die europäische, sei eine gute Sache, da sie überhöhte Steuern verhindere. „La concurrence fiscale est quelque chose de sain, car elle évite que les impôts ne soient harmonisés vers le haut.“ (Luc Frieden, Interview in *Paperjam*, Januar 2006).

Mit der Gefahr überhöhter Steuern sind natürlich nicht die Mehrwertsteuer und auch

nicht die Einkommenssteuern für Lohnabhängige, Klein- und Mittelverdiener gemeint. Gemeint sind die Steuern auf Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen.

Im Gegensatz zu den öffentlichen Beteuerungen rudern wir nicht für, sondern gegen ein europäisches sozialstaatliches und demokratisches Gesellschaftsmodell.

Beim Fiskaldumping war Luxemburg nicht nur Mitläufer, sondern Vorreiter. Die Attraktivität der „Steuerparadiese“ verschafft der neoliberalen Politik der niedrigen Steuern und des Sozialabbaus zusätzliche Legitimation. Seht doch, weil unsere Steuern zu hoch sind, flüchten die Steuerzahler nach Luxemburg ... also müssen wir sie weiter senken.

Luxemburgs Regierungen betreiben so höchst offiziell eine Politik der steuerlichen „Unmoral“. So verräterisch wie typisch ist des Außenministers Hinweis auf die Waffenexporte anderer Länder. Das Inakzeptable wird dadurch akzeptabel, weil andere ähnlich handeln.

Nun hat die Regierung unter dem Druck der Ereignisse angekündigt, das Bankgeheimnis mit der Einführung des automatischen Informationsaustauschs aufzugeben. Wenn man früheren Erklärungen Glauben schenkt, wird damit nichts weniger als ein „Menschenrecht“ verletzt.

Wie wenig die Aufgabe des Bankgeheimnisses einer wirklichen Einsicht entspringt, bestätigt sich am Beispiel der Finanztransaktionssteuer. Unsere Regierung weigert sich nicht nur, sie bei uns einzuführen. Unser Finanzminister erklärt seine Solidarität ausgerechnet mit der vom Premier so oft gescholtenen britischen Regierung, die beim Europäischen Gerichtshof klagen will gegen die Steuer, für deren Einführung sich 11 Mitgliedstaaten entschieden haben.

Doppelmoral

Verständlich, dennoch paradox ist die Mischung aus europäischer und nationaler Rhetorik. Die Begeisterung für Europa soll immer wieder aufgerufen werden – aber mit eigentlich nationalen Argumenten. Was gut ist für Europa, ist gut für Luxemburg. Luxemburg hat von der Europäischen Union profitiert. Was wären wir ohne Europa? Wir haben erfolgreich unsere nationalen Interessen auf europäischer Ebene durchgesetzt – zum Beispiel, um unsere Nischenpolitik zu retten. Wenn dann doch die nationale Seele getroffen wird, tragen wir keine Schuld.

Eine der wirklich positiven Neuerungen im Maastricht-Vertrag war das Wahlrecht für EU-Bürger auf kommunaler Ebene. Da haben wir uns dann zwar einige Sonderklauseln erkämpft – und dennoch den demokratischen Fortschritt der luxemburgischen Bevölkerung als Zwang von oben verklickern müssen. Gerade in diesem

Bereich allerdings hat die Regierung in letzter Zeit erhebliche Fortschritte schon gemacht oder geplant, die über den europäischen Durchschnitt hinausgehen. Für unseren heiligen Finanzplatz gilt das noch nicht.

Der kategorische Imperativ von Kant als moralische Regel ist bekannt: Deine Handlungen sollen immer einer Devise entsprechen, die zum allgemeinen Gesetz werden könnte. Natürlich kann man an der Abstraktheit der Formel herumäkeln (übrigens zu Recht). Aber im Grunde eignet sie sich doch für die moralische Beurteilung der Politik. Und da kommt Luxemburg schlecht weg. Die Devise im Hauptzweig der so genannten Nischenpolitik kann man wohl nicht als allgemeines Gesetz akzeptieren wollen: betreibe eine Politik, die dir aus Steuerhinterziehung beträchtliche Einnahmen sichert. Allenfalls könnte hier ein hypothetischer Imperativ gelten. Handle nach dem Prinzip eines allgemeingültigen Gesetzes – aber nur dann, wenn du dir damit keine Vorteile verschonst. Genau das aber lehnte Kant ja ab, denn so lässt sich am Ende jede Handlung rechtfertigen – Waffenexport und Mord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.



Als „Doppelmoral“ bezeichnet das *Luxemburger Wort* die „Hatz auf Steuerflüchtige“ seitens der USA und verschiedener europäischer Staaten und meint, „der Kampf gegen Steuerhinterziehung [...] sollte vor der eigenen Haustür beginnen.“ (Pierre Leyers, „Doppelmoral“, *Luxemburger Wort*, 23.4.13.) Aber wo liegt denn unsere Haustür? Steht Luxemburg nicht ganz oben auf der Rangliste der politischen Doppelmoral?

Gegen einen europäischen Sozialstaat

Es geht aber nicht nur um eine moralische Frage. Es geht um soziale Verteilung, um die Zukunft des Sozialstaats und der Demokratie.

Die Zweideutigkeit der luxemburgischen Europapolitik (in Sachen Finanzplatz und Steuern) wird oft damit begründet, nur mit unserer „Nischenpolitik“ könnten wir unseren Sozialstaat finanzieren. Das mag auf den ersten Blick nicht ganz falsch sein,

wenn man sich auf die nationalstaatliche Ebene begrenzt: Die Haut ist näher als das Hemd.

Damit aber geraten wir erneut in einen Widerspruch – diesmal überhaupt keinen abstrakt moralischen, sondern einen ganz konkreten sozialstaatlichen. Im Gegensatz zu den öffentlichen Beteuerungen rudern wir nicht für, sondern gegen ein europäisches sozialstaatliches und demokratisches Gesellschaftsmodell.

Immer wieder haben nicht nur Gewerkschaften und linke Parteien, sondern auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler darauf hingewiesen, wie wichtig das Steuersystem sowohl für die Frage der Umverteilung wie auch für die Demokratie ist. Der deutsche Soziologie Wolfgang Streeck drückt es in seinem letzten Buch noch sehr moderat aus. Der „zu niedrigen Besteuerung der besitzenden Gesell-

schaftsschichten“ verdanken wir sowohl eine ungleichere Verteilung der Vermögen, den verschuldeten Staat und damit die Gefährdung der Demokratie. Der Schuldenstaat trägt „zur Perpetuierung der gesellschaftlichen Schichtungsverhältnisse und der ihr innewohnenden sozialen Ungleichheit bei. Zugleich unterwirft er sich und seine Tätigkeit der Kontrolle durch seine als ‚Märkte‘ in Erscheinung tretende Gläubiger. Diese tritt neben die demokratische Kontrolle durch seine Bürger, mit der Möglichkeit, sie zu überlagern oder sie gar, wie sich gegenwärtig abzeichnet, im Übergang vom Schulden- zum Konsolidierungsstaat zunehmend auszuschalten.“ (Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit, Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Suhrkamp, 2013.)

Zu dieser Entwicklung trug Luxemburg gestern mit seiner Steuer- und Nischenpolitik bei, heute mit seinem eifrigen Einsatz

für den „Konsolidierungsstaat“, für den die Umverteilung von Vermögen und Einkommen von oben nach unten ein Tabu bleiben muss.

Bumerang

Das verlockende Argument, mit dieser Politik könnten wir unseren großzügigen Sozialstaat finanzieren, ist im Übrigen kurzsichtig. Die Dumpinglogik der niedrigen Steuern auf Gewinne und hohe Einkommen, der Senkung von „Lohnnebenkosten“ und dergleichen schlägt – wie jede Konkurrenzlogik – auch auf unseren Sozialstaat zurück. Das haben wir vor der Krise schon erlebt – und nun noch etwas heftiger. Wenn alle das Gleiche tun, kann es nur eine Spirale nach unten geben, auch bei uns.

Die Zweideutigkeit oder Doppelzüngigkeit der Luxemburger Europapolitik zeigt sich auch am Beispiel des „Sozialdialogs“. Die Stellungnahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes kommen nicht einmal beim Parlament an. Aber auch die regelmäßig erscheinenden, fundierten aber kritischen Gutachten der Chambre des Salariés etwa zur europäischen Politik und zur Europapolitik Luxemburgs werden kaum zur Kenntnis genommen.

Diese Gutachten werden im Parlament kaum thematisiert – sei es im Plenum, sei es in den Ausschüssen. Von der Regierung ganz zu schweigen: ich habe kein einziges Beispiel in Erinnerung, wo ein Regierungsmitglied auch nur einen Satz aus solchen Gutachten zitiert oder erwähnt hätte. Das ist schon erstaunlich in dem Land, in dem so oft vom „Sozialdialog“ als Kern des Luxemburger Sozialmodells die Rede ist.

Der Fürst, schreibt Macchiavelli, muss nicht ehrlich sein, wenn das seiner Macht schaden könnte. Aber es müsse so aussehen, als ob. Nicht auf die Ehrlichkeit und die Moral, sondern auf den Schein und den Erfolg komme es an. „Denn der Pöbel hält sich immer an den Schein und den Erfolg; und in der Welt gibt es nur Pöbel ...“. Schwindet aber der Schein, dann schwächt auch die Legitimation. Selbst beim Pöbel. ♦

Alternativen unerwünscht

Wem die demokratische Legitimation am Herzen liegt, der muss die offene Streitkultur fördern. Wer der Europäischen Union einen so hohen Wert beimisst wie unsere staatstragenden Parteien, müsste sich über jede Auseinandersetzung um ihre Orientierung entsprechend freuen. Aber sie freuen sich überhaupt nicht. Zu den Entscheidungen auf europäischer Ebene gibt es niemals eine Alternative. Wer europäische Entscheidungen und Verträge kritisiert, wird zum Verräter des europäischen Vaterlandes.

Bis zum Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union gab es eigentlich nie eine öffentliche Debatte, weder über die europäische Politik noch über die luxemburgische Europapolitik. Sie wurde immer abgewürgt mit dem Totschlagargument, man sei entweder für oder gegen Europa. Als der Maastricht-Vertrag ratifiziert werden sollte, wurde zwar eine öffentliche Debatte versprochen, sie fand aber nicht statt. Stattdessen: propagandistische Glanzbroschüren. „Maastricht wéi Zahnpasta“, meinte damals Michel Raus auf RTL. Die kritischen Stimmen wurden vom damaligen LSAP-Präsidenten zu einem „Kartell der Neinsager und Nichtssager“ kurzgeschlossen.

Das Szenario hat sich dann bei der Debatte um den europäischen Verfassungsentwurf wiederholt. Als die Regierung sich für ein Referendum entschied, erwartete sie eine Debatte zwischen dem Pro der vernünftigen „Europäer“ und dem Contra einer Minderheit von Souveränisten am rechten politischen Rand. Als es dann anders kam und eine ernsthafte Auseinandersetzung eben über die Orientierung der EU und über Alternativen begann, versuchte man dennoch die Frontlinie Europäer versus Antieuropäer zu versiegeln. Und als das Ergebnis dann auch – obwohl positiv – nicht den hohen Erwartungen entsprach, musste man zweifeln an der Sinnhaftigkeit eines Referendums und an der Reife des Volkes. 2005 war unter anderem das Abstimmungsergebnis bei den Jugendlichen enttäuschend. Das konnte nur an ihrer Unreife und Unkenntnis liegen. Das war das Leitmotiv durch alle Fraktionen hindurch nach dem Referendum. Michel Wolter: „Ass et d'Onkenntnis vun der Geschicht, vun de geschichtlechen Zesummenhäng, vun de geschichtleche Realitéiten?“ François Bausch: „Eiser Meenung no ass et relativ kloer, do ass eng riseg historesch Lacune bei dene Jugendliche tëschent 18 a 25 Joer“. Natürlich hätte niemand die Fragen von Unreife oder historischer Unkenntnis aufgeworfen, wenn das Verfassungsprojekt mit 80 % zu 20 % (statt nur mit 56 % zu 44 %) angenommen worden wäre. Es wirft ja auch niemand solche Fragen auf, wenn die CSV mit 26 von 60 Sitzen an die absolute Mehrheit heranrückt.

Ja, noch bei der Frage zu einem eventuellen Referendum zur Revision der nationalen Verfassung steigt das Gespenst der Souveränität des ungebildeten Volkes wieder auf, das 2005 nichts verstanden hatte. Unter dem Zwischentitel „Kann das Volk wirklich mitbestimmen?“ schreibt ausgerechnet der LSAP-Präsident, Alex Bodry, die „aufschlussreiche Erfahrung des Volksentscheids zu den europäischen Verträgen von 2005 sollte uns alle zum Nachdenken veranlassen. Ist das Referendum wirklich der geeignete Weg, ex post über längere, komplexe Texte zu befinden?“

Immerhin: wenn auch mit knapper Mehrheit hatte das kleine Luxemburg nach dem Nein in Frankreich und Irland zu einer Überwindung der lästigen demokratischen Störungen beigetragen. „Als Luxemburg Europa vor dem Abgrund rettete“, titelte das *Luxemburger Wort* nicht gerade bescheiden zum ersten Jahrestag des Referendums. Heute leidet Europa, richtiger: leiden seine Völker, an einer schweren Krankheit. Hätte man ihr nicht vorbeugen können, wenn damals nicht eine „Rettung“, sondern ein Umdenken erzwungen worden wäre?

André Hoffmann